

Können Sie uns Angaben darüber machen, wie viel Prozent der öffentlichen Verwaltung freie Software nutzt und wie der Trend diesbezüglich ist?

Es ist methodisch sehr schwierig, die grundsätzliche Verbeitung von Open-Source-Software (OSS) zu messen, insbesondere, weil die Spannweite der Nutzungsmöglichkeiten sehr groß ist. Der öffentlichen Verwaltung der Stadt München beispielsweise darf man einen sehr hohen Nutzungsgrad freier Software zuschreiben, während andere Organisationen, die vielleicht ein Android-Mobiltelefon und ein paar Netzwerkkomponenten mit Embedded Linux besitzen, formal auch Open-Source-Anwender sind. Vereinfacht vorzugehen und zum Beispiel die Menge der Linux-Installationen ins Verhältnis zu vorhandenen Bildschirm-Arbeitsplätzen zu setzen, scheitert an dem Umstand, dass es für freie Software keine Registrierungs- oder Lizenzierungspflicht gibt.

Diese Schwierigkeiten mögen der Grund dafür sein, dass überraschend wenige und aktuelle Arbeiten vorliegen, welche quelloffene Software in öffentlichen Verwaltungen quantitativ erheben. Die Universität Maastricht hat 2005 eine Behörden-Studie im Rahmen des Projekts Flosspols (Free, Libre, Open Source Software: Policy Support) vorgelegt. An der Untersuchung beteiligten sich insgesamt 955 IT-Entscheider aus 13 europäischen Ländern.

Insgesamt läuft in 78 Prozent der befragten Behörden Open-Source-Software. Kurios: Darunter gaben 29 Prozent anfänglich zu Protokoll, kein Open Source zu verwenden, obgleich sie Linux, MySQL oder Apache betrieben. Wie im privaten Sektor auch setzen Europas Behörden freie Software hauptsächlich auf Servern ein – 40 Prozent zumindest auf einzelnen Geräten, vier Prozent haben komplett auf OSS umgestellt. Auf PCs dagegen lassen nur in 16 Prozent der befragten Behörden lizenzkostenfreie Software laufen, und weniger als zwei Prozent haben proprietären Anbietern ade gesagt. Generell förderte die Studie zu Tage, dass je höher die IT-Budgets der Ämter, desto höher war auch der Verbreitungsgrad von OSS.

Rein auf Deutschland bezogen hat das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation im Jahr 2006 die Trendstudie „Open Source Software – Strukturwandel oder Strohfeuer?“ veröffentlicht, die mit 115 gültigen Antworten aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung gearbeitet hat. Sie ergibt, dass etwas mehr als die Hälfte der befragten öffentlichen Einrichtungen sich seit über drei Jahren mit dem Thema auseinandersetzt. Knapp 21 Prozent beschäftigten sich bis 2006 gar nicht mit dem Thema.

Fraunhofer ermittelte, dass wie in der Privatwirtschaft auch die Verbreitung von OSS in großen Einrichtungen (mit mehr als 250 Mitarbeiter) deutlich höher ausfällt als in kleinen Einrichtungen. (Recherchen des Linux-Magazins zufolge erweist sich freie Software im Regelbetrieb einzusetzen genau dann als wirtschaftlich besonders effizient, wenn eigenes geschultes Personal diesen aufrechterhalten kann.) Die eigene IT durch quelloffene Anwendungen zu ergänzen war für die von Fraunhofer befragten öffentlichen Einrichtungen der wichtigste Einsatzzweck (56 Prozent der Nennungen). Dabei stehen Officeprogramme, IT-Infrastruktur, Telefonanlagen und Desktopsysteme im Vordergrund. Bei der Neueinführung dagegen sieht Fraunhofer Fachverfahren mit dem den höchsten Anteil.

Zu den Aussichten: Laut der erwähnten Maastrichter Studie sind die IT-Verantwortlichen, die OSS im öffentlichen Kontext tatsächlich anwenden, überwiegend zufrieden; 70 Prozent finden es sinnvoll, noch stärker auf die Software-Alternative zu setzen. Allein aus diesem Umstand lässt sich folgern, dass die Verbreitung freier Software in der Verwaltung zunehmen müsste.

Noch positiver gestimmt zeigt sich die EU-Kommission. Vizepräsidentin Neelie Kroes, Kommissarin für die digitale Agenda, sieht Open Source in der öffentlichen Verwaltung wachsen. Anlässlich der Entwicklerkonferenz Guadec 2010 nannte sie die Stadt München und die Open-Source-Richtlinien der englischen und der niederländischen Regierung als Beispiele. Die drei wichtigsten EU-Länder in Hinblick auf den Einsatz von Open Source seien Frankreich, Spanien und Deutschland. Italien wird vermutlich bald in diese Spitzengruppe aufschließen, da das italienische Parlament Anfang August im Artikel 68 des Codice dell'amministrazione digitale beschlossen hat, der bei der Beschaffung freie Software zum Prinzip erhebt.

Wie offen sind die Ausschreibungstexte gestaltet und in wie vielen Fällen erhält ein Anbieter freier Software prozentual den Zuschlag?

Es existieren offenkundig keine repräsentativen Untersuchungen in genau dieser Richtung. Allerdings erhebt das in Brüssel beheimatete Open Forum Europe erhellende Daten. Der erste Version des „Procurement Monitoring Report 2012“ vom Juli 2012 untersucht Ausschreibungen für Softwarepakete ab 125.000 Euro auf Anbieter-Neutralität. 17 Prozent der Ausschreibungen forderten dabei explizit auf, die Produkte eines Herstellers anzubieten (2009: 22 Prozent). Auffällig dabei ist die große Dominanz von Microsoft (siehe Abbildung, Quelle: Open Forum Europe).

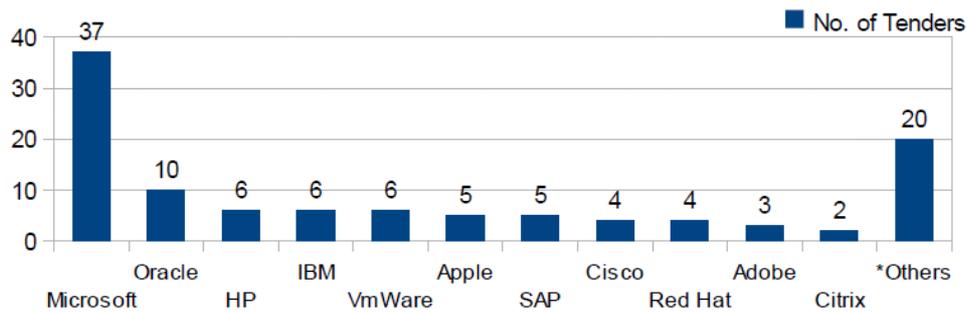


Table 8: Tender Notices breakdown by reference to Specific Trademarks (2012)

***Others: AutoCAD, Novell, Intel, Dell, Steria, Dell, CorelDraw, Autodesk, ArcGIS, McAfee, etc.**

Andere Erhebungen zeigen ein strukturpolitisches Detail: Wenn Anbieter freier Software den Zuschlag bei Ausschreibungen von Verwaltungen erhalten, dann handelt es sich mehrheitlich um kleine und mittlere, regionale und nationale Dienstleister.

Im Gespräch mit Linux-Branchenvertretern in Deutschland berichten diese übereinstimmend, Open Source als Kriterium in öffentlichen Ausschreibungen spiele nur eine untergeordnete Rolle. Größere Firmen bemängeln zudem, dass Ausschreibungen von Behörde zu Behörde unnötigerweise sehr unterschiedlich ausgestaltet seien. Sie regen in Bezug zur Würdigung freier Standards und freier Software deutschland- oder besser europaweite Ausschreibungsvorlagen an, auf die Behörden als Hilfe und Empfehlung zugreifen können (Leitlinien und auch Zuständigkeiten betreffend).

Wie ist das Angebot für spezielle Branchen und deren spezifisch benötigte Software im Bereich von freier Software, also beispielsweise Software für Arztpraxen, Handwerk oder Kanzleien?

Ob es für eine spezielle Branche in ausreichendem Maße Spezialsoftware in der Ausprägung Open Source gibt oder nicht, hängt im Wesentlichen von der zurückliegenden Nachfragesituation ab. Wenn Kunden in der Vergangenheit Softwarefirmen mit dem Entwickeln entsprechender Programme beauftragt haben, stehen genau diese prinzipbedingt als Fundus für alle bereit. Gelegentlich ist Branchensoftware auch aus der persönlichen Betroffenheit von Freie-Software-Entwicklern entstanden – sei es, dass sie im Hauptberuf auch in dieser Branche tätig sind, sei es, dass Bekannte oder Verwandte den Wunsch nach einer freien Lösung geäußert haben. Daraus ergibt sich, dass generelle Aussagen über alle Branchen nicht möglich sind.

Finden lässt sich quelloffene Branchensoftware auf einschlägigen großen Portalen wie Sourceforge oder, bezogen auf Software, die deutsche Gegebenheiten berücksichtigt, auch in Spezialverzeichnissen wie dem ISIS Report „Linux & Open Source“, der bei seinem letzten Erscheinen 683 auf Branchenprogramme für Industrie, Bauwesen, Handel, Verlage, Banken, Dienstleistungsunternehmen, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung und so weiter listete. Für öffentliche Verwaltungen eignet sich zudem das „Joinup“-Portal der Europäischen Kommission.

Jan Kleinert, Chefredakteur Linux-Magazin
München, 10.9.2012